

Maik Baumgärtner, Vera Deleja-Hotko, Martin Knobbe, Walter Mayr, Alexandra Rojkov und Wolf Wiedmann-Schmidt / Leila Al-Serori, Oliver Das Gupta, Peter Münch, Frederik Obermaier und Bastian Obermayer

"Ibiza-Affäre"

DER SPIEGEL / SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

DER SPIEGEL

„Joschi, mach das jetzt klar“

Affären - Heimlich aufgenommene Videos von 2017 zeigen, wie der heutige Vizekanzler Österreichs, Heinz-Christian Strache (FPÖ), in eine Falle tappt und einer angeblichen russischen Millionärin für ihre mögliche Hilfe im Wahlkampf öffentliche Aufträge in Aussicht stellt.

Ein schneeweißes Ferienhaus auf einem Hügel, wenige Kilometer von Ibiza-Stadt entfernt. Drei Schlafzimmer, vier Bäder, ein Außenpool, ein separates Gästehaus, auf rund 500 Quadratmeter Wohnfläche kostet die Nacht knapp tausend Euro.

Die Runde, die hier am Abend des 24. Juli 2017 auf der Terrasse bei Champagner, Thunfischtatar und Sushi zusammenkommt, diskutiert heikle Fragen: Wie können einer russischen Investorin Aufträge der österreichischen Wirtschaft und des Staates zugeschant werden?

Große Würfe werden erwogen, nichts scheint unmöglich. Es geht um Casinolizenzen, den Verkauf eines alten Luxushotels, Aufträge am Autobahnbau, alles für die Investorin aus Russland. Sogar von einer Übernahme der »Kronen Zeitung« ist die Rede. Sie zählt zu den auflagenstärksten Blättern des Landes.

Es mischen mit: eine angebliche Russin, eine Österreicherin mit serbischen Wurzeln und Masterabschluss, drei Österreicher in Freizeitkleidung.

Zwei von ihnen sind zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Sprung ins Zentrum der politischen Macht: Heinz-Christian Strache, Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), und Johann Gudenus, Mitglied des Bundesvorstands der FPÖ, ehemaliger Vizebürgermeister von Wien, der Mann der gebürtigen Serbin.

Knapp drei Monate später wird in Österreich ein neuer Nationalrat gewählt werden.

Strache wird fünf Monate nach dem Treffen in der Villa als Vizekanzler Österreichs vereidigt werden, Gudenus zum Fraktionschef aufsteigen. Auf Ibiza, beim feuchtfröhlichen Feilschen um millionenschwere Deals, wirken die beiden noch wie Zechkumpare in Urlaubslaune. Doch seit Dezember 2017 bestimmen sie mit über den Kurs der Regierung in Wien: als Koalitionspartner und Mehrheitsbeschaffer des konservativen Kanzlers Sebastian Kurz und seiner Österreichischen Volkspartei (ÖVP).

Knapp sechs Stunden lang sitzen sie schon beisammen an diesem warmen Abend, da beschleicht den FPÖ-Vorsitzenden Strache ein böser Verdacht: »Falle, Falle, eine eingefädelte Falle«, flüstert er seinem Nachbarn Gudenus zu. Doch schnell scheinen die Bedenken wieder verflogen. »Des is ka Falle«, beruhigt der Parteifreund.

Letztlich behält der FPÖ-Chef mit seiner Vermutung aber recht. Das Treffen ist eine Falle. Die Villa ist verwandt und mit mehreren Kameras ausgestattet, die verdeckt alles aufnehmen.

Die angebliche Russin Aljona Makarowa, die auch die lettische Staatsbürgerschaft besitzen will, spielt die investitionswillige Nichte eines reichen Oligarchen. Ihre Legende: Sie wolle mehr als eine Viertelmilliarde Euro in Österreich anlegen, als Kapital, das »nicht auf die Bank darf«, weil es »eigentlich nicht ganz legal« sei, wie der Begleiter der Frau freimütig erzählt. In anderen Worten: Schwarzgeld.

Die Videos von jenem langen Abend auf Ibiza wurden dem SPIEGEL und der »Süddeutschen Zeitung« zugespielt.

Die Aufnahmen bergen politischen Sprengstoff, sie offenbaren höchst fragwürdige Ansichten von Politikern, die heute Österreich mitregieren. Sie belegen, dass diese Politiker sich dazu bereit zeigten, mithilfe russischen Geldes das Wahlergebnis ihrer Partei, der FPÖ, nach oben zu treiben. Versprechen, die an diesem Abend gemacht, und Praktiken, die offenbart wurden, wären für politische Amtsinhaber womöglich strafrechtlich relevant.

Wegen der politischen Bedeutung und des öffentlichen Interesses haben sich SPIEGEL und »Süddeutsche Zeitung« dazu entschlossen, die Inhalte der Gespräche zu veröffentlichen.

Die Quelle ist den Redaktionen bekannt, sie besteht darauf, anonym zu bleiben. Ungeklärt ist, auf wessen Betreiben die FPÖ-Politiker in die Falle gelockt wurden und welches Motiv dahinterstand.

Die Bild- und Tondokumente wurden von zwei externen Gutachtern forensisch geprüft. Es fanden sich keine Hinweise, dass die Aufnahmen nachträglich manipuliert wurden. Dem SPIEGEL liegt ein Foto der Rechnung für die Villa auf Ibiza vor. Sie wurde demnach vom 22. bis zum 25. Juli 2017 gebucht, Kosten 2936 Euro. Die Bilder auf der Website der Vermietungsagentur zeigen nachweislich dieselben Räume, die im Video zu sehen sind.

Die Abschriften der Gespräche wurden abgeglichen und in wesentlichen Auszügen beglaubigt, ein vereidigter Dolmetscher hat zentrale Stellen der russischen Dialoge übersetzt. Am Ende wurden die beteiligten Politiker mit den Inhalten konfrontiert.

Die Videos aus Ibiza wirken wie der Werkstattbericht aus einer Bananenrepublik: Ungeniert erzählen zwei führende Politiker aus Österreich einer ihnen fast unbekanntem Frau, wie sie sich das Leben an den Schalthebeln der Macht vorstellen. Und wie sie dieser Frau für Hilfestellung auf dem Weg nach ganz oben entgegenkommen würden.

An jenem Abend geht es nach zwei Stunden um das Boulevardblatt »Krone« und dessen Einfluss auf die anstehende Wahl. Die Runde beschließt, das Gespräch von der Terrasse nach drinnen zu verlegen. Heinz-Christian Strache will wissen: »Was ist da scho' vorangeschritten?«

Der jungen Russin aus Lettland wird nahegelegt, die Hälfte des Verlags der »Krone« diskret zu erwerben. Wenn diese Zeitung vor der Wahl »auf einmal uns pusht«, begeistert sich Strache und spekuliert in Prozenten, »dann machen wir nicht 27, dann machen wir 34«. Jeder Artikel, der »uns zugutekommt, treibt Rot und Schwarz die Weißglut ins Gesicht«. Er meint die seit Kriegsende in Österreich meist gemeinsam regierenden Sozial- und Christdemokraten.

Die »Krone« erreicht mehr als ein Viertel aller Österreicher. Dem Politprofi Strache, Parteichef seit 2005, dürfte klar sein, dass es mit der Rückendeckung durch Österreichs Sturmgeschütz der Demagogie leichter werden würde, ins Kanzleramt am Wiener Ballhausplatz einzuziehen.

Genau das ist Straches Ziel im Sommer 2017. Damals hat der junge ÖVP-Aufsteiger Sebastian Kurz die in Umfragen lange führende FPÖ bereits abgehängt.

Die erfundene Behauptung der lettischen Russin, sie erwäge, die Hälfte der »Krone«-Anteile zu kaufen, und sei dafür bereits mit zwei der vier Erben des verstorbenen »Krone«-Herausgebers Hans Dichand in Kontakt, erstaunt den FPÖ-Chef anfangs noch. »Das hätt ich nicht erwartet«, sagt er. Nach und nach aber schwinden offenbar die Zweifel, und es siegt der Appetit auf einen Deal, der Strache dem Ziel der Kanzlerschaft näher bringen könnte, aber natürlich »immer rechtskonform«, wie er betont.

Mit dieser Zeitung, so wirbt Strache, spiele sie »mit bei den zehn mächtigsten Leuten Österreichs«. Zwar gebe es in der »Krone«-Redaktion noch Querköpfe, »drei, vier Leute, die müssen abserviert werden«, aber »wir holen gleich noch mal fünf neue herein«. Ob das so einfach ist? »Journalisten sind ja sowieso die größten Huren auf dem Planeten«, sagt Strache.

Die junge Frau fragt, was für sie persönlich bei dem Investment herausspringen würde. »Du hast die Waffe in der Hand, dass alle dich schalten und walten lassen in Österreich«, antwortet Strache. Wer die »Krone« besitze, verfüge nicht nur über die Meinungshoheit, sondern auch über »das Machtmonopol, andere Geschäftszweige zu eröffnen«. Später wird Strache der Frau öffentliche Aufträge im Autobahnbau in Aussicht stellen, die bislang das Unternehmen Strabag erhalten habe.

Er könne den »Missing Link« zur Funke-Mediengruppe herstellen, behauptet Strache. Der deutschen Verlagsgruppe, einst WAZ, gehörte damals noch die eine Hälfte der »Kronen-Zeitung«, den Nachkommen des langjährigen Herausgebers Hans Dichand die andere.

Den richtigen Mann, um bei der Neuausrichtung des Boulevardblatts zu helfen, kenne er auch schon, sagt Strache: Heinrich Pecina. Der Investor, ein »großer Player«, habe »für Orbán alle ungarischen Medien der letzten 15 Jahre aufgekauft und für ihn aufbereitet«.

Tatsächlich war es der aristokratisch auftretende Unternehmer Pecina, der für den ungarischen Premierminister Viktor Orbán die Flurbereinigung der ungarischen Presselandschaft organisiert hat. Blätter wie »Népszabadság« und andere regierungskritische Zeitungen wurden erworben, über Nacht eingestellt oder an orbánfreundliche Interessenten weiterverhökert. Von Ungarn lasse sich lernen, findet Strache: »Wir wollen eine Medienlandschaft ähnlich wie der Orbán aufbauen.«

Heinrich Pecina sagt auf Anfrage, er habe mit der »Krone« nie etwas zu tun gehabt: »Auf jeden Fall hatte und habe ich keine Möglichkeiten, die »Kronen Zeitung« in welcher Weise auch immer zu kontrollieren oder zu beeinflussen. Was ich deshalb auch niemals behauptet habe.«

Neben der »Krone« sei nur der öffentlich-rechtliche Sender ORF wirklich wichtig, führt Strache in dem Video weiter aus. Denkbar sei dessen teilweise Privatisierung, etwa zugunsten des Unternehmers Dietrich Mateschitz, Chef von Red Bull und dem dazu gehörigen Medienunternehmen: »Wir könnten uns vorstellen, den ORF völlig auf neue Beine zu stellen.« Sich selbst nennt Strache den »Red Bull Brother from Austria«.

Immer wieder stellt die angebliche Russin die Frage nach einer Gegenleistung. Wenn sie die »Krone« noch vor der Wahl übernehme und »uns zum Platz eins bringt«, sagt der FPÖ-Chef schließlich, »dann können wir über alles reden«.

Es ist der größte Offenbarungseid, den Strache an diesem Abend leistet: Man könne über alles reden. Über alles.

Was auf Ibiza noch Wunschdenken ist, wird unter der Koalition von ÖVP und FPÖ nach und nach Wirklichkeit. Den Vorsitz im ORF-Stiftungsrat führt heute Norbert Steger, ehemals Parteichef der FPÖ. Steger wurde vor drei Wochen mit einem Angriff auf den bekanntesten ORF-Journalisten über Österreich hinaus bekannt: Sarkastisch empfahl er Armin Wolf, dem Moderator der Hauptnachrichtensendung des ORF, nach einem FPÖ-kritischen Interview: »Ich würde ein Sabbatical nehmen, auf Gebührentzahler-Kosten durch die Welt fahren und mich neu erfinden.«

Es ist nicht so, dass politisch motivierte Interventionen beim ORF etwas Neues wären. Sie sind seit Jahrzehnten die Regel. Doch seitdem die FPÖ in der Regierung ist, wird die redaktionelle Unabhängigkeit des Senders massiv infrage gestellt. »Wie ein Löwe«, versprach Vizekanzler Strache auf Facebook, werde er sich dafür einsetzen, dass die »ORF-Zwangsgebühren« abgeschafft werden.

Die FPÖ hat heute nicht nur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Macht, sondern auch in vielen anderen Bereichen des Landes. Sie führt zum Beispiel die Schlüsselministerien für Äußeres, für Inneres, für Verteidigung und Soziales.

Alle drei österreichischen Geheimdienste unterstehen Ministerien, die von der FPÖ geführt werden, einer Partei, die durch ein 2016 besiegeltes Kooperationsabkommen mit der Kremlpartei »Einiges Russland« verhandelt ist. Die Angst, Moskau höre nun überall mit, hat bei westlichen Geheimdiensten dazu geführt, dass sie ihr Wissen nur noch beschränkt mit Wien teilen.

Die Affinität der Partei zu Russland spielt auch beim Treffen auf Ibiza eine entscheidende Rolle. Johann Gudenus, der für die angebliche Russin dolmetscht, belegte Kurse an einer Universität in Moskau. Der Sohn eines früheren FPÖ-Parlamentariers und verurteilten Holocaust-Leugners ist seit seiner Jugend im freiheitlichen Lager verankert. Mittlerweile gilt Gudenus als einer der wichtigsten Kontaktleute der FPÖ nach Russland. Vom tschetschenischen Gewaltherrscher Ramsan Kadyrow ließ sich Gudenus nach Grosny einladen und von den russischen Besatzern auf die annektierte Halbinsel Krim. In der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale wetterte er 2014 gegen die EU als Hort einer »Homosexuellenlobby«.

Parteichef Strache sieht in »Joschi« seinen Mann fürs Grobe. Beide Männer sind seit Jahren vertraut: In der Studentenverbindung Vandalia in Wien war der junge Gudenus Straches »Leibfuchs«. Nun ist Gudenus der Mann für Russland, er hat das Treffen in der Villa mit Strache eingefädelt.

Dem jungen FPÖ-Funktionär war geraume Zeit zuvor die vermeintlich reiche Russin angepriesen worden. Sie wolle Grundbesitz in Österreich kaufen, Gudenus' Familie gehören Ländereien in Niederösterreich. Man traf sich in Wien. Im Video hört man Gudenus sagen, dass die Frau den fünffachen Preis für ein Grundstück bieten würde. In den Gesprächen entstand offenbar der Plan für einen größeren Coup.

Österreich solle künftig »die Visegrád-Gruppe« ansteuern, sagt Strache in einem der Videos, die informelle Länderkooperation der osteuropäischen EU-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Das Land müsse sich »sehr stark Richtung Osten öffnen«, nach Russland. »Wir haben die Dekadenz im Westen«, sagt Strache, »im Osten sind sie normal.«

Er sei ja oft in Moskau gewesen, erzählt der FPÖ-Chef, bereits vor mehr als zehn Jahren habe er sich mit einem Putin-Berater getroffen und Pläne geschmiedet, »wie wir strategisch zusammenarbeiten«. Auch Serbien sei ein fantastisches Land, einige seiner Freunde hätten dort kräftig investiert. Er selbst sei in Umfragen in dem Land fast so beliebt wie Putin.

Neben vielen Eitelkeiten des Parteichefs ist Geld das bestimmende Thema dieses Treffens. Es geht auch darum, wie die FPÖ finanziell unterstützt wird. Strache offenbart der angeblichen Russin einen Weg, wie sie ihr Geld womöglich an gesetzlichen Hürden vorbei an die FPÖ bringen könnte. Sollte das, was Strache schildert, tatsächlich existieren, wäre es offensichtlich ein Modell der illegalen Parteienfinanzierung.

»Es gibt ein paar sehr Vermögende, die zahlen zwischen 500 000 und anderthalb bis zwei Millionen«, behauptet Strache. Geflossen sei das Geld noch nicht, schränkt er an anderer Stelle ein, er habe aber bereits Zusagen erhalten. Für solche Summen gebe es einen Verein, der gemeinnützig sei und nichts mit der Partei zu tun habe. »Dadurch hast du keine Meldungen an den Rechnungshof«, doziert Strache und holt dabei weit mit den Armen aus, in den Fingern fast immer eine Zigarette. Gudenus ergänzt auf Russisch, über diesen Verein wisse niemand etwas. Er werde von drei Rechtsanwälten geführt, sagt Strache.

"IBIZA-AFFÄRE"

Spenden an politische Parteien unterliegen in Österreich ähnlichen Regeln wie in Deutschland: Überschreiten sie den Betrag von 50 000 Euro, müssen sie ans höchste Finanzkontrollorgan des Bundes gemeldet werden. Spenden von Ausländern dürfen nur bis zu einer Höhe von 2641 Euro angenommen werden.

Strache behauptet, es gebe zehn potenzielle FPÖ-Großspender, die er alle persönlich aufsuchen wolle: Gaston Glock zum Beispiel, sagt er, während Gudenus stehend die Hände zu einer Pistole formt, um Aljona zu verdeutlichen, womit der Kärntner Waffenhersteller sein Geld verdient. Heidi Horten, die milliardenschwere Kaufhauserbin. Außerdem gebe es Unterstützer, erzählt Strache weiter, die an den heutigen Kanzler Sebastian Kurz »und uns« zahlten oder vielleicht zu zahlen beabsichtigten, wie angeblich der Milliardär und Immobilienkrösus René Benko. Und »ein paar Big Player« wie den Glücksspielkonzern Novomatic, einer von Österreichs größten Steuerzahlern: »Die zahlen an alle drei«, so behauptet Strache, also an die konservative ÖVP, an die sozialdemokratische SPÖ und an die FPÖ.

Alle genannten Firmen und Personen teilen auf Anfrage mit, dass sie niemals direkt oder indirekt an die FPÖ gespendet haben. Nach den angeblichen Spendern gefragt, bestätigen auch Strache und Gudenus schriftlich, dass von den »genannten Personen und Unternehmen keine Spenden an die FPÖ« eingegangen seien.

Auf Ibiza allerdings sagt Strache, Aljona sei herzlich eingeladen und könne »uns jederzeit über den Verein spenden«, vorausgesetzt, sie sei »positiv gestimmt«. Die Sponsoren der Partei seien in der Regel Idealisten, sagt Strache und wendet sich an seinen Freund Gudenus. »Joschi« möge der Frau erklären, »dass da Leute dahinterstehen, die nicht wollen, dass Österreich islamisiert wird; sie wollen nicht, dass ihre Kinder und Enkelkinder verrecken«.

Die FPÖ versteht sich als »soziale Heimatpartei«, ein Slogan, den in Deutschland auch die NPD verwendet. Sie punktete bei den letzten Wahlen überdurchschnittlich unter Arbeitern und einfachen Angestellten. Wer den volksnahen Vizekanzler Strache zuletzt erlebte, etwa am 1. Mai im Linzer Bierzelt, und wer weiß, wie Strache schwierige Sachverhalte auf simple Nenner zu bringen versteht, der staunt über das, was auf Ibiza über den tatsächlichen Umgang des FPÖ-Chefs zur Sprache kommt.

Von Abenden mit Kaviar und Austern für 1600 Euro pro Tisch schwärmt Strache da, »so teuer war's ned«. Auch von einem Freund, der eine Diamantenmine in Afrika gekauft habe, und von einem Geschäftsmann, der in seinem schwer bewachten Büro in Tel Aviv angeblich Diamanten im Wert von 400 Millionen Euro hortet.

In der Öffentlichkeit gibt Strache gern den Kämpfer gegen das Establishment. In der Villa klingt es nun so, als stünde der FPÖ-Vorsitzende mit Österreichs Milliardären seit Langem auf Du und Du. Mit dem vermögenden, von jeher der Linken nahestehenden Wiener Händler Martin Schlaff habe er »eine gute Gesprächsbasis«, den Immobilienmogul und Karstadt-Eigentümer René Benko habe er angeblich auf Ibiza getroffen, der sei dort auf der 62-Meter-Yacht »Roma« gewesen. Auch dem Salzburger Red-Bull-Produzenten und Betreiber von Servus TV, Mateschitz, ist Strache verbunden. Der sei »lieb«, sagt Strache, aber verstehe das Mediengeschäft nicht. Von ukrainischen und russischen Freunden mit viel Geld spricht Strache, von Kontakten zu einem Milliardärsclan in China. »Die Hunde«, sagt der heutige Vizekanzler in dem Video, »haben dicke Kohle.«

Straches eigener Weg nach oben war steinig. Von der Mutter, einer Drogistin, allein erzogen, geriet der junge Wiener über eine schlagende Schülerverbindung schnell in Kontakt mit Rechtsextremen. Fotos zeigen ihn später bei Wehrsportübungen mit Neonazis. Vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums wandte sich der gelernte Zahntechniker erst Anfang der Neunziger ab. Als Strache 2005 Vorsitzender der von Jörg Haider heruntergewirtschafteten FPÖ wurde, lagen die Freiheitlichen in Umfragen bei etwa vier Prozent. Innerhalb der nächsten zwölf Jahre aber gelang es dem FPÖ-Chef, die Zustimmungsrate für seine Partei zu versechsfachen.

Strache versucht gar nicht erst zu verbergen, wie stolz er darauf ist. Seine wiederkehrenden Bekenntnisse zur Ehrlichkeit an diesem Abend auf Ibiza klingen wie eine Selbstbeschwörung. »Das ist mir heilig, ich mach nichts, was rechtswidrig ist«, sagt er mehrmals auf dem Sofa zwischen Red-Bull-Drinks und Aschenbechern. »Das ist mein Werdegang, und das ist meine Stärke.« Bestechungsversuche habe er immer abgelehnt, denn: »Ich brauch den Scheiß nicht.« Er wolle guten Gewissens »in der Früh aufstehen und sagen, ich bin sauber«. Das sei immer sein Weg gewesen, der »hat mich in Wahrheit dorthin gebracht, wo ich heute bin. Heute sagen die Großen: Den müssen wir ernst nehmen«.

Während sich Strache selbst für unangreifbar hält, spricht er genüsslich über die Verletzbarkeit anderer »Schneebrunzer«, also Trottel. Über angebliche Eskapaden zweier Politiker der früheren Koalition aus Sozial- und Christdemokraten sei belastendes Material im Umlauf, behauptet der FPÖ-Chef in der Villa. Diese Politiker wüssten das und hätten deshalb eine Art Nichtangriffspakt geschlossen.

Würde man die dazugehörigen Fotos »übers Ausland spielen«, wäre bei Roten und Schwarzen der Teufel los, sagt Strache. Dann ginge »der atomare Krieg« los.

Der, der gerade noch seine Unbestechlichkeit gepriesen hat, bleibt allerdings sitzen, als es in der Villa um ganz offensichtlich unsaubere Geschäfte in der Zukunft geht. Über eine mögliche Privatisierung von Staatsliegenschaften diskutiert die Runde bald, in die das russische Schwarzgeld fließen könnte.

Manche der von den Lockvögeln aufgebrachten Vorschläge schließt Strache kategorisch aus. Es gebe »Bereiche, die privatisieren wir nicht«. Zu anderen schweigt er und nimmt nur einen tiefen Zug von seiner Zigarette oder kaut an den Nägeln. Immer wieder betont er, dass sich alles im legalen Bereich abspielen müsse.

Wieder andere Ideen kommentiert er. Als der Begleiter der angeblichen Oligarchennichte unverhohlen darauf hinweist, dass es ihr nicht nur darum gehe, an öffentliche Aufträge zu kommen, sondern vor allem einen »Überpreis« dafür bezahlt zu bekommen, also einen Aufschlag zulasten des Steuerzahlers, reagiert Strache zunächst abweisend. Dann antwortet er mit »Jaaa. Ja. Ja«. Als der Begleiter schließlich von einem Überpreis spricht, der »garantiert wird«, antwortet der FPÖ-Chef: »Noch einmal, beim staatlichen Auftrag hast du das.«

Auch um einen Einstieg der angeblichen Russin in die vom Staat kontrollierten Spielcasinos geht es. Diese müssten endlich ihrer Machtstellung beraubt werden, stimmt Strache zu. »Dieses Monopol wollen wir aufbrechen.« Das sei aber »verdammt schwer«. Strache wird wissen, warum. Ein Verfahren gegen den früheren Finanzminister Karl-Heinz Grasser wegen des – von ihm bestrittenen – Verdachts auf Bestechlichkeit im Zusammenhang mit der geplanten Aufweichung des Glücksspielmonopols war gerade erst eingestellt worden.

Doch beim Thema Autobahn und Straßenbau wird der FPÖ-Obmann hellwach: »Das Erste in einer Regierungsbeteiligung, was ich heute zusagen kann«, verspricht er der Frau mit dem angeblichen russischen Vermögen: »Der Haselsteiner kriegt keine Aufträge mehr!«

Der Tiroler Industrielle und Philanthrop Hans Peter Haselsteiner war Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Strabag, der 2018 mehr als 15 Milliarden Euro Umsatz auswies. Haselsteiner hält bis heute mit seiner Familie mehr als ein Viertel der Aktien.

In den Neunzigerjahren saß der Unternehmer für das Liberale Forum im Nationalrat, zuletzt unterstützte er die wirtschaftsliberale Partei »Neos« mit insgesamt 1,7 Millionen Euro an Spenden. Dass es »dem Oligarchen Haselsteiner und anderen rot-schwarzen Systemgünstlingen offensichtlich nur um öffentliche und staatliche Aufträge ... geht«, erzürnt den damaligen Oppositionsführer Strache wenige Tage vor seinem Abflug nach Ibiza so sehr, dass er seiner Wut öffentlich auf Facebook Luft macht.

So scheint ihm die Frage der angeblichen lettischen Russin und ihres männlichen Begleiters nach Aufträgen beim Autobahnbau gerade recht zu kommen. Wenn sie der FPÖ entscheidend helfe vor der Wahl, »dann brauchen wir gar nicht reden, tschuldige, tschuldige, dann sag ich ihr: Dann soll sie eine Firma wie die Strabag gründen. Alle staatlichen Aufträge, die jetzt die Strabag kriegt, kriegt sie dann.«

Für einen Vizekanzler wäre es vermutlich strafbar, eine solche Auftragsvergabe in Aussicht zu stellen. Damals, 2017, war Strache aber noch in keinem Amt, das ihm erlaubt hätte, Bauaufträge zu vergeben. Strafbar dürften seine Aussagen deshalb wohl nicht sein, ethisch bedenklich sind sie allemal: Als eine Art Gegenleistung für Unterstützung im Wahlkampf öffentliche Aufträge zu offerieren hat zumindest den Beigeschmack von Korruption.

Nach dem Treffen in der Villa gefragt, erinnert sich Heinz-Christian Strache daran, dass eine »vermeintlich lettische Staatsbürgerin« mit ihrem Vertrauten zu einem Abendessen eingeladen habe. Es sei ein »rein privates« Treffen in »lockerer, ungezwungener und feuchtfrohlicher Atmosphäre gewesen«, teilt Strache per WhatsApp mit. »Auf die relevanten gesetzlichen Bestimmungen und die Notwendigkeit der Einhaltung der österreichischen Rechtsordnung wurde von mir in diesem Gespräch bei allen Themen mehrmals hingewiesen.« Das gelte auch für »allenfalls in Aussicht gestellte Parteispenden bzw. Spenden an gemeinnützige Vereine im Sinne der jeweiligen Vereinsstatuten«. Er oder die FPÖ hätten »niemals irgendwelche Vorteile« von diesen Personen erhalten oder gewährt. »Im Übrigen«, rechtfertigt sich Österreichs Vizekanzler, »gab es neben dem Umstand, dass viel Alkohol im Laufe des Abends gereicht wurde, auch eine hohe Sprachbarriere, wo ohne einen professionellen Übersetzer von Russisch, Englisch auf Deutsch übersetzt wurde.«

Ähnlich äußert sich Johann Gudenus, der sagt, er habe die lettische Staatsbürgerin schon länger gekannt. Sie habe sich für einen Jagdgrund von ihm interessiert. Die Frau habe erzählt, dass sie mit ihrer Tochter nach Wien ziehen und in Österreich wirtschaftlich Fuß fassen und investieren wolle. Beide Politiker geben an, nach dem Treffen keinen Kontakt mehr zu der Frau gehabt zu haben.

Die fragwürdigen Äußerungen des österreichischen Vizekanzlers und seines engen Vertrauten dürften trotz der Erklärungen den Druck auf Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz erheblich erhöhen. Die

Koalition der ÖVP mit der FPÖ stand zuletzt ohnehin unter Spannung. Die Verbindungen der Freiheitlichen zu rechtsextremen Gruppen wie der »Identitären Bewegung«, rassistische Äußerungen und Publikationen im Umfeld der Partei, ihr Umgang mit kritischen Berichterstatern des ORF, all das wurde in Österreich zuletzt heftig diskutiert.

Im Umfeld von Kurz hieß es dennoch, zu einem Bruch der Koalition in Wien werde es nicht kommen. Zwar wüschte man sich lieber eine andere Koalition, zugleich sei die FPÖ derart inhaltsleer, dass die ÖVP mehr oder weniger durchregieren könne. Ob Kurz bei dieser Haltung bleiben kann, wenn sich sein Vizekanzler zumindest in der Vergangenheit für Geschäfte mit illegalem Geld offen gezeigt hat, ist fraglich.

Mehr als sechs Stunden dauert das Treffen in der Villa, gegen Ende entwickelt sich eine Atmosphäre, die Strache misstrauisch werden lässt. Aljona habe schmutzige Zehennägel, fällt dem FPÖ-Chef plötzlich auf, »das passt nicht zum Gesamtbild«, murmelt er irritiert. Bereits zuvor hatte er geklagt, seine aufstrebende rechtspopulistische Partei müsse ständig auf der Hut sein: »Wir wissen, dass wir 24 Stunden beobachtet werden, dass man uns bei jeder Kleinigkeit vernichten will.« Doch sein Vertrauter Gudenus wiegelt ab. Strache trinkt und plaudert schließlich munter weiter.

Weit nach Mitternacht drängen die Besucher zum Aufbruch. Sie wollen noch in einen Klub, ins »Hi Ibiza« im wenige Kilometer entfernten Playa d'en Bossa.

Beim Hinausgehen redet Strache dem Vertrauten der Russin und Gudenus noch einmal zu. Sie solle das »Gescheite und Richtige« machen und die »Krone« kaufen. Der Komplize von Aljona aber warnt: »Sie fliegt morgen weg, wenn ihr es machen wollt, müsst ihr es machen, bevor sie weg ist.«

Bevor sie ins Auto steigen, schickt Strache seinen Günstling Gudenus nochmals zurück. »Joschi, mach das jetzt klar!«

Gudenus und Aljona verziehen sich in die Küche. Auch dort filmt eine Kamera mit.

Der FPÖ-Mann flüsterte der Frau in leicht holprigem Russisch zu: »Wir sind zu 100 Prozent bereit zu helfen, egal was kommt.«

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

In der Falle

Der FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache, heute Vizekanzler Österreichs, traf sich im Juli 2017 auf Ibiza mit einer angeblichen russischen Multimillionärin. Sie bot Wahlkampfhilfe, er staatliche Aufträge. Was er nicht wusste: Er wurde reingelegt – und mit versteckter Kamera gefilmt

Es ist ein unglaubliches Video. Entstanden ist es Ende Juli 2017, drei Monate sind es da noch bis zur österreichischen Parlamentswahl im Oktober. Nach dieser Wahl wird Heinz-Christian Strache zum Vizekanzler der Republik Österreich aufsteigen. Das Video zeigt, wie Strache, damals Chef und Spitzenkandidat der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), und sein Parteifreund Johann Gudenus, damals Vizebürgermeister Wiens, in einer luxuriösen Ferienvilla auf Ibiza eine Frau treffen. Die elegante, schlanke Dame, langes Haar, schwarzes Designerkleid, High-Heels, wurde ihnen als Aljona Makarowa vorgestellt, eine angebliche Nichte von Igor Makarow, einem Putin-nahen russischen Oligarchen. Schwerreich natürlich und geschäftlich flexibel, da sie auch einen EU-Pass habe, aus Lettland.

Heinz-Christian Strache bekommt Seebarsch-Carpaccio, Thunfischtatar und Sushi vorgesetzt, dazu Champagner, ausgesuchten Wodka und dosenweise Red Bull, auf das Strache bekanntermaßen steht – dann macht die angebliche Russin ihm ein fast schon surreal gutes Angebot: Sie würde gerne ein paar Hundert Millionen Euro in Österreich investieren – und sie will wissen, ob man dabei nicht zusammenarbeiten könnte. Ob also sie, die vermeintliche Oligarchennichte, und die FPÖ nicht beide etwas von der Sache haben könnten.

Die vorgebliche Investorin hat auch schon einen Plan: Sie stellt in Aussicht, die Hälfte des höchst einflussreichen österreichischen Boulevardblattes *Kronen-Zeitung* kaufen zu können – und die Zeitung dann zu nutzen, um Strache und seine FPÖ im Wahlkampf zu unterstützen. Strache, leger in weit ausgeschnittenem T-Shirt und Jeans, wirkt begeistert. Vor allem von der Idee, aber auch von der Russin selbst. „Bist du deppert, die ist scharf“, entfährt es ihm, und weil er Wiener ist, sagt er natürlich „schoarf“.

"IBIZA-AFFÄRE"

Strache redet stundenlang auf die Frau ein und ihr zu, er flüstert und dröhnt, er doziert und gestikuliert. Er raucht eine Zigarette nach der anderen und kaut nervös an seinen Nägeln. Vielleicht, weil er sein Glück kaum fassen kann. Vielleicht aber auch, weil er ahnt, dass er diesem Glück nicht trauen darf.

Es steht also ein Geschäft im Raum an diesem Julitag 2017 in der Villa auf Ibiza: Russisches Geld aus unklarer Quelle soll das Wahlergebnis der FPÖ nach oben treiben. Und natürlich soll auch die angebliche Aljona Makarowa dafür etwas bekommen.

An diesem Abend wird sie, abwechselnd auf Russisch und Englisch, immer wieder wissen wollen, wie Strache sich nach der Wahl erkenntlich zeigen würde. Nach der Wahl, wenn Strache plangemäß in der Regierung sitzt. Die Frau hat in der Villa einen Vertrauten an ihrer Seite, einen mittelalten Mann in weißer Hose und blauem Hemd, der in diesem Punkt meist das Reden übernimmt. Er fordert, auf Deutsch, unverhohlenen finanzielle Vorteile, die nur eine Regierung gewähren kann. Das Geschäft, das im Raum steht, nennt man gemeinhin: Korruption.

Doch Heinz-Christian Strache, der sich gern als Saubermann der österreichischen Politik präsentiert, steht nicht auf und geht. Er betont zwar im Laufe des Gesprächs wieder und wieder, dass er nur für legale Geschäfte zu haben sei. Im nächsten Augenblick aber erklärt er sich einverstanden mit Vorschlägen, die – sollten sie umgesetzt werden – eindeutig illegal wären. Mal geht es darum, dass eine Regierung mit FPÖ-Beteiligung der angeblichen Russin staatliche Bauaufträge zuschanzen könnte, künstlich hoch dotiert. Mal geht es darum, wie sich eventuelle Parteispenden der Russin an die FPÖ über einen Verein verschleiern ließen.

Der vermeintliche Vertraute der Russin spricht aus, dass das Geld der Frau „eigentlich nicht ganz legal“ sei und das Geschäft „legal heikel“. Aber Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus stehen nicht auf. Der Mann sagt, die Russin bewege sich mit der Sache „in den illegalen Raum“. Strache und Gudenus bleiben sitzen.

Der FPÖ-Chef und der damalige Vizebürgermeister der Stadt Wien sind mehr als sechs Stunden bei einem Treffen zugegen, das die meisten Politiker wohl nicht einmal erwogen hätten. So ist es auf dem Video dokumentiert, in voller Länge. Mehr als sechs Stunden, in denen sich für den nüchternen Betrachter Abgründe auftun, politisch wie menschlich. Mehr als sechs Stunden, in denen nicht nur Hinterzimmer-Geschäfte diskutiert werden, sondern auch das große Ziel, die ganze österreichische Medienlandschaft nach ungarischem Vorbild unter Kontrolle zu bringen. Und außerdem, welcher hochrangige Politiker homosexuell sei – „ein Warmer“ –, wer kokse und wer woher sein Koks beziehe. Die kleine Wiener Welt der Politik.

Erst weit nach Mitternacht ziehen Strache und Gudenus weiter, in Richtung der Großraumdisco namens „Hi Ibiza“ im nahen Platja d'en Bossa.

Haben Strache oder Gudenus am nächsten Tag zur Anzeige gebracht, dass es einen Bestechungsversuch gab? Oder dass illegales Geld nach Österreich geschleust werden soll?

Diese Fragen ließen beide auf Anfrage von SZ und Spiegel unbeantwortet. Strache und Gudenus bestreiten in einer Nachricht an die SZ nicht, in jener Villa gewesen zu sein, betonen aber, es sei ein „rein privates Treffen“ gewesen.

Ibiza und die Oligarchennichte, die Abermillionen und die *Krone*: Das ist selbst für die Verhältnisse der österreichischen Politik, die traditionell eine natürliche Nähe zum absurden Theater hat, ein verwegenes Szenario. Zu verwegen, um echt zu sein: Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus wurden in eine Falle gelockt – offenbar wollte jemand testen, wie die beiden auf ein derart verlockendes Angebot reagieren.

Die angebliche Russin ist keineswegs die Nichte des tatsächlich existierenden Oligarchen Makarow, sondern ein Lockvogel, und sehr wahrscheinlich hat sie auch nicht Hunderte Millionen Euro zur Verfügung. Das Treffen auf Ibiza diente offenbar einzig dem Zweck, Strache und Gudenus hereinzulegen. Es ist ein professionell inszeniertes, auch technisch aufwendiges Schauspiel: In der Villa wurden versteckte Kameras und Mikrofone angebracht, drinnen und draußen, etwa an Lichtschaltern und einer Handy-Ladestation. Die Mikrofone zeichneten beinahe jedes gesprochene Wort auf.

Ein Teil dieses Film- und Tonmaterials wurde der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Spiegel* übergeben und von Reportern der beiden Medien gemeinsam ausgewertet. Die SZ hat für das Material kein Geld bezahlt, der *Spiegel* nach eigenen Angaben ebenfalls nicht.

Gesicherte Erkenntnisse über die Motivation der Personen, die Strache 2017 diese Falle gestellt haben, oder über etwaige Auftraggeber liegen weder dem *Spiegel* noch der SZ vor.

Eines ist nach Auswertung des Materials und Prüfung seiner Authentizität durch zwei Gutachter klar: Es liegt im öffentlichen Interesse zu erfahren, wie Strache und Gudenus, hochrangige Vertreter von Staat und Partei, auf die fragwürdigen Avancen der vermeintlichen Oligarchin reagiert haben. Strache, 49, ist heute Vizekanzler und FPÖ-Chef, Gudenus, 42, einer von zwei FPÖ-Fraktionschefs im Nationalrat. Beide

"IBIZA-AFFÄRE"

sind tragende Pfeiler der Koalition von Bundeskanzler Sebastian Kurz – des Bündnisses von ÖVP und FPÖ, das gerade nachhaltig erschüttert worden ist, weil die FPÖ-Leute sich nur sehr zögerlich von ihrem radikal rechten Rand abgrenzen. Kurz steht unter Beobachtung aus In- und Ausland, seit er mit den Rechtspopulisten in die Regierung gegangen ist.

Strache und Gudenus, politischer Ziehvater und Ziehsohn, verbringen regelmäßig ihre Urlaube auf Ibiza, der Schwesterinsel von Mallorca, die seit Jahrzehnten die Reichen und manchmal auch Schönen anlockt. Einst hatten Einheimische und Hippies die hübschen Buchten für sich allein, heute ankern dort die Luxusyachten von amerikanischen Filmstars und russischen Industriemagnaten. Die Villa, in der Strache und Gudenus mit der vermeintlichen Oligarchin über Wahlkampfhilfe verhandeln, liegt einige Kilometer außerhalb von Ibiza-Stadt auf einer Hügelkette und erfüllt alle Klischees der Insel.

Es ist ein luxuriöses Anwesen, weiß getüncht, innen elegante Designermöbel, draußen ein Pool und ein Gästehaus. Für drei Nächte hier bezahlt man über eine Vermietungsagentur im Internet etwa 3000 Euro. Der SZ liegen Fotos der Rechnung vor, laut der die Villa von 22. bis 25. Juli 2017 gebucht wurde. Ein von der SZ beauftragter Sachverständiger bestätigt: Die Werbebilder von der Villa auf der Buchungs-Webseite zeigen dieselben Räume, die man in dem mehrstündigen Video sieht.

Heinz-Christian Strache, Johann Gudenus und dessen Ehefrau Tajana sind schon einige Tage auf Ibiza, als sie am Abend des 24. Juli, eines Montags, zur Villa fahren. Sie treffen nach SZ-Informationen gegen 20 Uhr ein; bereits eine Stunde zuvor ist das Essen geliefert worden, für 374 Euro laut Rechnung. Am Anwesen parken noble Autos, unter anderem ein Mercedes Maybach und ein BMW M4 Sportwagen, auch Bodyguards sind wohl zur Stelle. Die Falle steht.

Gastgeber und Gäste begrüßen sich, man nimmt erst mal einen Aperitif auf der Terrasse. Schon dort zeichnen eine versteckte Kamera und ein Mikrofon die Gespräche auf. Ein wenig Smalltalk, Champagner, Prost, und bald hat man sich warm geredet. Strache erzählt, wen er gerade wieder kennengelernt hat (einen wichtigen Diamantenhändler), wer „dirty campaigning“ betreibt (ein umstrittener Berater der SPÖ), wer bei der FPÖ die Entscheidungen trifft (natürlich Heinz-Christian Strache). Und wer seine Nachfolger wären, sollte ihm etwas zustoßen (Verkehrsminister Norbert Hofer und Gudenus). Der Plan ist natürlich ein anderer. Strache sagt: „Solange ich nicht tot bin, hab ich die nächsten zwanzig Jahre noch das Sagen.“

Strache ist die FPÖ, und die FPÖ ist Strache, genau deshalb wollte die angebliche Oligarchennichte auch mit Heinz-Christian Strache selbst sprechen. Mit Johann Gudenus, Straches Intimus und „Leibfuchs“ bei der Burschenschaft Vandalia, gab es vorher schon Begegnungen, auch das ist kurz Thema beim Gespräch in der Villa.

Über Gudenus, der in Moskau studiert hat, Russisch spricht und an diesem Abend in der Villa auch meist den Übersetzer gibt, wurde die Falle offenbar vorbereitet. Gudenus' Familie gehören Ländereien in Niederösterreich, und ihm wurde zugetragen, dass eine reiche Russin Interesse habe, Grundbesitz in Österreich zu erwerben.

Nach SZ-Informationen kam es schon Monate vorher zu ersten Treffen mit der angeblichen Oligarchennichte in Wiener Hotels. Man fand Gefallen aneinander. Gudenus' Begeisterung rührte womöglich auch daher, dass die Russin ihn mit Fantasiepreisen lockte. Sie wolle, so raunt es Gudenus Strache im Ibiza-Video zu, ihm ein Grundstück „zum fünffachen Preis“ abkaufen.

Über die Monate entsteht aber – sogar auf Initiative von Gudenus, jedenfalls sagt er das im Video – noch ein ganz anderer Plan: der mit der Übernahme der *Kronen-Zeitung*. Das Boulevardblatt erreicht jeden Tag etwa zwei Millionen Leser, ein sagenhafter Wert bei insgesamt 8,7 Millionen Östreichern. Die Gunst der *Krone* war schon immer ein Schlüssel zur politischen Macht in Österreich, man kann sagen: Die *Krone* hat Kanzler gekürt und Kanzler gestürzt. Wenn die Russin wirklich Anteile an der Zeitung kaufen und die Berichterstattung zugunsten der FPÖ beeinflussen könnte – das wäre nicht einfach nur ein ungeheurer Vorteil für die Partei. Es wäre ein Raketenantrieb im Wahlkampf.

Zum Zeitpunkt des Treffens auf Ibiza ist die österreichische Parlamentswahl keine drei Monate mehr entfernt. Es ist die Wahl, die Heinz-Christian Strache, Spitzname HC, endlich in die Regierung bringen soll. Seit 2005 führt er die FPÖ, er hat die Rechtspopulisten in Österreich zu einer Art Volkspartei gemacht. In den Umfragen steht die FPÖ im Sommer 2017 mal auf Platz zwei, mal auf Platz drei. Hinter der ÖVP, bisweilen vor der SPÖ. Aber es ist sehr, sehr eng unter diesen drei Parteien. Ein paar Prozent der Stimmen werden am Ende den Unterschied machen: Mit etwas Glück könnte die FPÖ sogar stärkste Partei im Land werden. In jenem Sommer darf Strache vom Kanzleramt träumen.

Was die vermeintliche *Krone*-Käuferin hier an die Wand malt, ist der Griff nach der Macht im Land.

Ob Gudenus von dieser Hoffnung geblendet war oder von der Aussicht auf ein einträgliches Grundstücksgeschäft – offenbar ließ er die angebliche Oligarchennichte Aljona Makarowa nicht

überprüfen, bevor er ihr ein Geschäfts-Date mit seinem Parteichef verschaffte. Nach SZ-Informationen sah Gudenus noch nicht einmal ihren Ausweis oder den ihres Vertrauten.

Strache fragt relativ am Anfang des Treffens in Ibiza immerhin, wer eigentlich wen woher kennt und wer woher kommt. Ob sie aus Russland sei, aus Moskau, fragt Strache die Frau, und sie bejaht. „We like Russia“, sagt Strache, lacht und lässt es bald bei dieser eher oberflächlichen Auskunft bewenden. Lieber unterhält er die Runde selbst mit Geschichten und Anekdoten, die sich im Kern oft darum drehen, wie erfolgreich, klug oder beliebt HC Strache ist. Gudenus assistiert gerne: Keine falsche Entscheidung sei mehr getroffen worden in der FPÖ seit 2005.

Nach fast zwei Stunden fällt zum ersten Mal das Stichwort *Kronen-Zeitung*, und es wird ernst. Man ist beim „Hauptthema“ angekommen, wie Gudenus es nennt. Man beschließt, die Runde nach drinnen zu verlegen – wohl um sicherzugehen, dass keiner mithört. Drinks, Zigarettenschachteln und Aschenbecher werden auf den Wohnzimmertisch umgeladen, und dann will Strache wissen: „Was ist da schon vorangeschritten?“, „was ist da wirklich konkret?“

Gudenus berichtet, es gebe bereits Verhandlungen, das Vorhaben scheinere „real“ zu werden: Aljona Makarowa sei im Gespräch mit der Besitzerfamilie der *Krone* und habe erste Fortschritte zu vermelden. Der Vertraute der Russin ergänzt, man stehe in direktem Kontakt mit zwei der vier Erben des verstorbenen *Krone*-Gründers Hans Dichand, auf die sein 50-prozentiger Anteil am Blatt zu je 12,5 Prozent übergegangen ist. In Wahrheit stimmt davon offenbar nichts. Die Verhandlungen mit der Familie Dichand sind wohl frei erfunden – so teilt das auch *Krone*-Herausgeber Christoph Dichand der SZ mit.

Das weiß Heinz-Christian Strache auf Ibiza aber natürlich nicht. Er nimmt den Köder und schwärmt von der „mächtigsten Zeitung Europas nach Bevölkerungszahl“, einem „Machtvolumen, das gigantisch ist“ und von einer „Weltklasse-Geschichte“. Als Gudenus dann noch die Ansage der Russin übersetzt, dass der Kauf der *Krone* in wenigen Wochen über die Bühne gehen könne, also noch rechtzeitig vor der Wahl, ist Strache endgültig euphorisiert. Wenn sie die Zeitung wirklich übernehme und es die Chance gäbe, die FPÖ zwei bis drei Wochen vor der Wahl zu pushen, ruft er, „dann machen wir nicht 27, dann machen wir 34 Prozent!“

In Straches strategischem Denken ist die Kontrolle der *Kronen-Zeitung* nicht nur der Weg in die Regierung, sondern auch der erste Schritt zu einem noch viel größeren Ziel: der Orbánisierung der Presselandschaft Österreichs. Ungarns Regierungschef gehört zu jenen starken Männern, denen er in Sachen Regierungsstil nacheifert. „Hätten wir die absolute Mehrheit, könnten wir es wie der Orbán machen“, rief er seinen Anhängern etwa im Januar 2018 beim FPÖ-Frühshoppen in Vösendorf zu.

In der Villa auf Ibiza klingt das nicht anders: „Wir wollen eine Medienlandschaft ähnlich wie der Orbán aufbauen“, sagt er. Was das heißt, zeigt der Blick über die Grenze nach Ungarn, wo der öffentliche Rundfunk längst zum Sprachrohr der Regierung geworden ist und auch die meisten privaten Medien unter Kontrolle von Orbán-Leuten stehen. Da kann man durchregieren ohne überflüssige Kritik, und Wahlen lassen sich auch viel leichter gewinnen.

Pressefreiheit? Die scheint auch Strache eher lästig zu finden. Der vermeintlichen Investorin sagt er jedenfalls zu, ein „Medienkonzept“ für die neue *Kronen-Zeitung* gern selbst liefern zu können, innerhalb von zwei, drei Wochen. Er spielt im Salon der Villa schon einmal durch, wie die Machtübernahme aussehen könnte: „Zack, zack, zack“ würde er ein paar Journalisten „pushen“, andere müssten „abserviert“ werden, ein paar neue geholt – Journalisten seien sowieso „die größten Huren auf dem Planeten“ – kein Problem also.

Strache erklärt der Russin wieder und wieder, wie sie mittels der *Krone* Geld verdienen könnte – einfach weil sie als mächtige Herausgeberin von allen hofiert würde und sich neue Geschäftsfelder erschließen könnte. Die *Krone* sei „der bestimmende Faktor am Zeitungsmarkt“, erklärt er, und wenn sie dann noch einen TV-Sender in die Finger bekäme, „bestimmst du alles“. Bald darauf schlägt er den Bogen zum ORF, der nach dem Erwerb der *Krone* der „einzige Konkurrent“ sei – und verspricht dann: „Würden wir in einer Regierungsbeteiligung sein, würden wir uns sogar vorstellen können, einen Sender zu privatisieren.“ Und: „Wir könnten uns vorstellen, den ORF völlig auf neue Beine zu stellen.“ Tatsächlich arbeiten FPÖ und ÖVP in der Regierung derzeit an einem neuen ORF-Gesetz.

Dass die angebliche Oligarchennichte Gegenleistungen erwarten würde dafür, dass sie der FPÖ Wahlkampfhilfe zukommen ließe, das ist Strache augenscheinlich bewusst. Wie an zahlreichen anderen Stellen im Gespräch betont er zwar, dass alles „rechtskonform, legal“ sein „und mit unserem Programm übereinstimmen“ müsse, aber dann sagt Strache etwas, das ihn wohl noch lange verfolgen wird: „Wenn das ihr Asset ist, das sie mitbringt drei Wochen vor der Wahl, bist du deppert, dann brauch ma gar nicht reden.“ Es folgt ein kurzes Stimmengewirr, aber Strache verschafft sich Gehör: „Tschuldige, tschuldige“, ruft er, „dann sag ich ihr: Dann soll sie eine Firma wie die Strabag gründen. Alle staatlichen Aufträge, die jetzt die Strabag kriegt, kriegt sie dann.“

In diesem Moment lässt Strache seine Vorsicht fahren und macht genau das, was die Lockvögel sich wahrscheinlich erhoffen: Er überschreitet offenkundig die Grenzen dessen, was erlaubt ist. Wenn er der vermeintlichen Investorin zusagt, ihr für mediale Unterstützung im Wahlkampf staatliche Aufträge zuzuschancen, dann ist das eben nicht „rechtskonform“ oder „legal“. Und, nebenbei, wahrscheinlich auch nicht in Übereinstimmung mit dem Programm, mit dem die FPÖ um Wähler wirbt.

Es klingt dann eben schon sehr nach dem, was man Korruption nennt: Nehmen und Geben.

Ob Strache dafür heute juristisch belangt werden kann, ist eine andere Frage. Von der SZ befragte Experten sind skeptisch, da er diese Versprechungen abgab, als er noch nicht im Regierungsamt war.

Auf Anfrage erklärt Strache via Whats-App, weder er noch die FPÖ hätten „irgendwelche Vorteile von diesen Personen erhalten oder gewährt“. Im Übrigen, schreiben Strache und Gudenus, sei „viel Alkohol im Laufe des Abends gereicht“ worden und es habe „eine hohe Sprachbarriere“ gegeben, „ohne professionellen Übersetzer“.

Der Name Strabag, der häufig fällt, braucht indes keine Übersetzung. Das Bauunternehmen und Strache, das hat eine Vorgeschichte. An der Strabag ist der Unternehmer Hans Peter Haselsteiner beteiligt, ein politischer Gegner Straches. Haselsteiner saß mal für die österreichischen Liberalen im Parlament, vor der Bundespräsidentenwahl 2016 investierte er viel Geld in eine Kampagne gegen den FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer, der am Ende knapp dem Grünen Alexander Van der Bellen unterlag. Man mag sich nicht, und da sitzen die Worte bei Strache womöglich etwas lockerer.

Schon ein paar Minuten zuvor hat Strache der Ibiza-Runde gesagt: „Das Erste“, was er im Fall einer Regierungsbeteiligung zusagen könne, sei: „Der Haselsteiner kriegt keine Aufträge mehr.“ Und weil Haselsteiners Strabag zahlreiche Staatsaufträge hat, „haben wir ein Riesen-Volumen“, sagt Strache. „Wenn da eine Qualität da ist und ein qualitativer Anbieter da ist, dann bin ich der Erste, der sagt ...“. Strache hebt theatralisch die Arme.

Und noch ein drittes Mal bietet Strache an, die Strabag für die Russin auszubooten. Er lenkt das Gespräch selbst auf das Thema Autobahnbau. „Noch mal“, sagt er, beim Autobahnbau sei er „sofort dabei“: „Statt Haselsteiner, jeden öffentlichen Auftrag.“

Auch die Verbindung mit der Wahlkampf-Unterstützung stellt Strache wiederholt selbst her. Einmal wendet er sich an Gudenus, der für die angebliche Russin übersetzen soll: „Du sagst ihr, wenn sie die *Kronen-Zeitung* übernimmt drei Wochen vor der Wahl und uns zum Platz eins bringt, dann können wir über alles reden.“ Und ein weiteres Mal: „Da brauchen wir doch gar nicht reden, du. Wenn sie die *Kronen-Zeitung* übernimmt und einen Lauf schafft, wo wir drei Wochen vor der Wahl einen Punch kriegen – dann können wir über alles reden. Da werden wir immer einen Weg finden, das zu definieren.“ Statt „Punch“, also „Schlag“, meint Strache, der nicht der versierteste Englischsprecher ist, hier vermutlich wie in einem anderen Zitat den „Push“, also den „Schubser“ nach vorne in der Wählergunst.

Aber selbst mit der Zusage in Sachen Strabag sind Straches angebliche russische Partner noch nicht zufrieden. Sie wollen nicht nur öffentliche Aufträge, sie wollen einen „Staatsauftrag mit Überpreis“ – also zu ihrem Vorteil überteuert. Strache antwortet mit einem lang gezogenen „Jaaaa“. Der Vertraute der angeblichen Oligarchennichte geht noch ein Stück weiter, er sagt, der Punkt sei „der Überpreis, der garantiert wird“.

Strache antwortet prompt: „Noch einmal: Beim staatlichen Auftrag hast du das.“

Das sagt derselbe Mann, der eben noch erklärt hat, er tue nichts, was rechtswidrig sei. Das sei ihm heilig, das sei seine große Stärke. Derselbe Mann, der an anderer Stelle im Video noch beteuert hat, er sei gegen Überpreis, die FPÖ wolle immer das Beste für das Land, das sei ihr Idealismus.

Das Video zeigt einen Tanz, die beiden Lockvögel versuchen wieder und wieder, Strache an und über die Grenzen des Erlaubten zu bringen. Dabei lassen sie kaum eine Gelegenheit aus, eindeutig klarzumachen, auf was sie abzielen: korrupte Geschäfte. Die Frau sagt, in ihrer Praxis sei es so: „Du steckst etwas hinein, gibst jemandem, kaufst eine Stimme. Dann macht diese Stimme etwas zu deinem Vorteil.“ Sie fügt an: „Und darüber reden wir.“ Strache und Gudenus bekommen vorbuchstabierte, auf was sie sich hier einlassen.

Die Lockvögel zählen auch auf, in welchen Ländern Osteuropas ihnen korrupte Geschäfte ermöglichen würden. Meistens bleibt Strache hart: In Österreich, das sagt er mehr als einmal, laufe es nun einmal anders. Diese Passagen könnte sein Pressesprecher geschrieben haben, so unverfänglich sind sie. Ihm wäre es offensichtlich am liebsten, die Russin würde sich mit unkonkreten Zusagen begnügen. Gleichzeitig will er sie wohl nicht zu stark verärgern. Der Tanz im Zigarettenrauch geht weiter. Strache trinkt Wodka Red Bull, er sagt: „I’m the Red Bull brother from Austria.“

Der Vertraute der vermeintlichen Oligarchennichte fragt schließlich entnervt: „Damit ich euch jetzt richtig verstehe: Soll ich ihr erklären, dass es keine Erwartungen bezüglich Gegendeal gibt et cetera?“ Strache kontert sofort: „Nein, das ist falsch, das ist falsch.“ Auch Gudenus widerspricht. Dann erklärt

Strache, wie es laufen soll, zwischen den Fingern eine unangezündete Zigarette, mit der er gestikuliert: „Sie muss sagen, dieser Geschäftszweig, dieser Geschäftszweig, dieser Geschäftszweig und dieser Geschäftszweig interessiert mich. So. Und dann schauen wir uns an, was bei uns von Vorteil ist“, was „hineinpasst“.

Über den Abend verteilt sprechen die FPÖ-Leute und ihre Gastgeberin über verschiedene Ideen, die alle im Grunde eines gemeinsam haben: Die angebliche Aljona Makarowa kann ihre angeblichen Millionen nach Österreich schleusen. Manche Offerten sind harmlos, etwa wenn Strache ihr anträgt, Hotels zu kaufen, „geile, geile abgewrackte Hotels“ in guten Skigebieten, „weil aus denen machst dann was“.

Schon etwas schwieriger wird es, wenn Strache anbietet, seine Kontakte spielen zu lassen, die er – auch bei ihm muss man wohl sagen: angeblich – fast überall in der Welt hat. Nun gut, seine russischen Kontakte bietet er nicht an, sein Gegenüber habe „ja aus Russland gute Kontakte wahrscheinlich zu Putin“, sagt er. Aber da wären etwa seine „israelischen Freunde“, die er im Lager von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu verortet, und die mit „den Linken da ein Problem haben“. Oder die Chinesen, über die Strache wenig charmant anmerkt: „Die Hunde haben dicke Kohle.“ Bei den Chinesen sei er bald eingeladen, und da laufe es so: Politische und wirtschaftliche Angelegenheiten wollten die in einer Hand sehen. Das heißt, jedenfalls in seiner Lesart, dass die Chinesen von ihm wissen wollen, mit welchen Leuten sie Geschäfte machen sollen in Österreich. Und da kann er natürlich Leute ins Spiel bringen, „so rennt die Geschichte“, sagt Strache. Heißt so viel wie: So funktioniert’s.

Selbst ein Geschäftsfeld, das die FPÖ bisher verteufelt hat, bietet Strache der Russin an: die Wasserversorgung. Offiziell klang der FPÖ-Chef dazu bisher sehr klar: Wasser sei „weder Profitquelle für Konzerne noch Spielkapital für Spekulanten“. In der Villa auf Ibiza nennt er es auf einmal „das weiße Gold“ und spricht davon, eine Struktur schaffen zu wollen, „wo wir das Wasser verkaufen, wo der Staat eine Einnahme hat und derjenige, der das betreibt, genauso eine Einnahme hat“. Man müsse sich dann eben „um die Prozente streiten“.

Noch 2013 hatte Gudenus einen Empörungsturm gegen die Wiener SPÖ entfacht und ihr „roten Privatisierungswahn“ vorgeworfen. Eines seiner Beispiele: eine Wasserquelle, die von der Stadt Wien 1998 an eine private Firma zur gewerblichen Nutzung verpachtet worden sei. Nach dem Wasser bieten Strache und Gudenus der Russin noch an, in den Glücksspielmarkt einzusteigen – da wollten sie sowieso das staatliche Monopol aufbrechen.

Irgendwann kommt die Frage auf, was Strache und Gudenus eigentlich noch wollen. Schließlich helfen sie bereitwillig dabei, für das angebliche russische Geld eine Heimat in Österreich zu finden. Eines ist ja eh offensichtlich: Sie wollen die Wahlkampf-Hilfe durch die *Krone*. Aber Strache und Gudenus bringen noch einen Wunsch an, ganz vorsichtig. „Wenn es ihr gefällt“, sagt Strache zweimal, „wenn sie dann positiv gestimmt ist“, solle sie ihnen etwas spenden. Wenn nicht – eben nicht.

Die Spendenfrage ist in zweierlei Sicht problematisch. Zum einen dürfen politische Parteien in Österreich keine Spenden von ausländischen Personen annehmen, die höher sind als 2641 Euro – man kann wohl davon ausgehen, dass Strache von einer russischen Multimillionärin etwas mehr erwartet hätte. Zum anderen wollen Strache und Gudenus gar nicht, dass sie direkt an die FPÖ spendet, sondern – das erwähnen sie mehrmals – „über den Verein“.

Strache erklärt, warum die Russin dorthin spenden soll: Wenn man nämlich an eine Partei spendet, sagt er, gehe „das an den Rechnungshof“, und „das will keiner.“ Mit dem Verein ließe sich genau das umgehen: „Der Verein ist gemeinnützig, der hat nichts mit der Partei zu tun“, sagt der FPÖ-Chef. „Dadurch hast du keine Meldungen an den Rechnungshof. Das ist ein gemeinnütziger Verein, mit drei Rechtsanwälten. Der hat ein Statut: Österreich wirtschaftlicher gestalten.“ Den Namen des Vereins nennt er nicht. Gudenus bekräftigt auf Russisch noch, wie geheim das alles sei: Über diesen Verein wisse niemand etwas.

Gudenus behauptet schon früher am Abend, auch andere Parteien würden den Spendenumweg nutzen. Möglicherweise sind Strache und er auch deswegen so offen: Weil sie glauben, es mache eh jeder so.

Offiziell wettet die FPÖ seit Jahren gegen den undemokratischen Einfluss von Großspendern – es wäre also sehr in ihrem Interesse, dass eine Zuwendung der Russin nicht öffentlich würde. Und wieder tut sich ein Abgrund auf in der Villa in Ibiza: Wenn es nämlich stimmt, was Strache erzählt, ist dieses System bei der FPÖ längst eingeführt. „Es gibt ein paar sehr Vermögende, die zahlen zwischen 500 000 und eineinhalb bis zwei Millionen.“ Und später: „Ich kann ein paar nennen“, sagt er, die „zahlen aber nicht an die Partei, sondern an einen gemeinnützigen Verein“. Und damit, genau: „vorbei am Rechnungshof“.

Dann nennt er Namen: den Waffenfabrikanten Gaston Glock, die Kaufhaus-Erbin Heidi Goëss-Horten, den Glücksspielkonzern Novomatic und den Milliardär René Benko, der mit seinen Immobiliendeals auch

in Deutschland Aufsehen erregt, etwa mit dem Karstadt-Kauf. Benko soll laut Strache an FPÖ und ÖVP zahlen.

Goëss-Horten, Benko, Glock und Novomatic bestreiten den Vorgang. Strache und Gudenus erklärten der SZ, die Spenden seien nie eingegangen, und sie hätten bei allen Themen und auch bei „allenfalls in Aussicht gestellten Spenden“ auf gesetzliche Bestimmungen hingewiesen. Die Existenz des Vereins bestreitet Strache nicht.

Wie Strache hier einer angeblichen russischen Oligarchennichte, die er zuvor noch nie getroffen hat, unbekümmert von angeblichen verdeckten Parteispendern erzählt, ist einer der denkwürdigsten Momente des Videos. Auch wie sich Johann Gudenus, als er die Liste der angeblichen Spender übersetzt, beim Namen Glock in Pose wirft, vergisst man nicht so schnell: Er steht mitten im Raum und formt beide Hände zu einer gedachten Pistole.

Der spätere Fraktionschef einer Regierungspartei in Österreich: bamm, bamm.

Über weite Strecken des Videos kommt man nicht auf den Gedanken, dass den beiden FPÖ-Männern bewusst sein könnte, was hier geschieht: dass die ganze Sache eine Show sein könnte, nur für sie. Allerdings gibt es Momente, in denen Heinz-Christian Strache sich plötzlich umschaut und die Wände inspiziert, als würde er sie nach versteckten Kameras absuchen. Und es gibt diese eine Stelle, an der alle drei plötzlich nervös werden, das Ehepaar Gudenus und Strache, spät am Abend.

Die beiden Lockvögel sind gerade nicht im Raum, und die drei beginnen zu flüstern. Das Wort „Falle“ fällt, und „eingefädelt“. Strache ist auf einmal skeptisch, ihm ist aufgefallen, dass die angeblich megareiche Russin dreckige Ränder an den Fußnägeln habe. Gudenus sagt beschwörend: „Das ist keine Falle.“ Strache aber wirkt mit einem Mal sehr ernüchtert.

Vielleicht dämmert ihm gerade, in was er sich da hat hineintreiben lassen. Selbst wenn man das Strabag-Angebot als Spinnerei abtun würde, die angeblichen verdeckten Spenden als Unsinn und seine Allmachtsfantasien à la Orbán als typisch – wenn bekannt würde, wie abfällig und verächtlich HC Strache und Gudenus über Politiker aus anderen Parteien sprechen, wären Koalitionsverhandlungen oder gemeinsames Regieren eigentlich undenkbar.

Allein diese Passage: Im Flüsterton erzählt Strache Gudenus von einer Idee, wie sie gleich zwei politische Gegner auf einmal ausschalten könnten. Die beiden Gegner sind selbst Widersacher – und sie wüssten, dass es jeweils kompromittierendes Material über sexuelle Eskapaden des anderen gebe. Vielleicht hätten sie dieses gar in Besitz, würden es aber nicht veröffentlichen. Aus Angst vor einem Gegenschlag. Die Idee ist also: „Würde es uns gelingen, von einer Seite Fotos zu organisieren, die wir übers Ausland spielen, würde die andere Seite glauben, die andere war's und der atomare Krieg geht los“, sagt Strache.

Strache hat kurz eine Falle gewittert, doch er hat die Villa nicht verlassen. Er hält noch einen dunklen Monolog über den unvermeidbaren Niedergang der Weltwirtschaft – „Der Crash kommt. So sicher wie das Amen im Gebet“ – und darüber, wie er selbst mit Gold sehr viel Geld verdient hat. Irgendwann wollen Strache, Gudenus und seine Frau weiterziehen, in einen Club.

Aber ganz lässt ihn die Chance auf die *Kronen-Zeitung* nicht los. Einmal noch redet Strache dem Vertrauten der angeblichen Investorin zu, sie solle das „Gescheite und Richtige“ machen und die *Krone* kaufen. Der Vertraute warnt, sie brauche eine klarere Zusage, und wenn, dann jetzt. „Ich weiß nicht, wie wichtig die Geschichte für euch ist“, sagt er, aber wenn sie denn wichtig sei, sollten sie jetzt handeln.

HC Strache wendet sich an Gudenus. „Mach das ihr jetzt klar, Joschi. Mach das klar, mach das klar“, sagt er, und dann: „Joschi, geh jetzt hinein, mach das jetzt klar.“ Und Johann Gudenus, genannt Joschi, geht los, in die Küche. „Aljona“, ruft er dort die Russin, und dann sagt er etwas auf Russisch, was man nun schwarz auf weiß hat, übersetzt und beglaubigt von einer beeidigten Dolmetscherin: „Es ist möglich, nur sagt er es nicht, verstehen Sie?“

Er, das ist Strache. Der Parteichef, der Saubermann. Er sagt es nicht. Aber Joschi, der es jetzt klarmachen soll, Joschi sagt es. Sein Soldat, sein Ziehsohn, sein Gefährte. Und Joschi sagt zu der Frau, die angeblich viele illegale Millionen nach Österreich bringen will: „Wir sind zu hundert Prozent bereit zu helfen, egal, was kommt.“

Jetzt können sie in die Disco, sie sind dort verabredet. „High high high society“, singt Heinz-Christian Strache, als sie draußen sind. „We make party now.“ Ihre FPÖ-Freunde warten schon.